

federführendes Amt:	Büro Kreistag
Antragssteller:	Fraktion Die Linke
Datum:	03.06.2010

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Kreistag

23.06.2010

Betreff:

Beitritt des Landkreises Oder-Spree zum Aufruf für ein Sanktionsmoratorium

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree unterstützt den Aufruf für ein Sanktionsmoratorium.
2. Der Landrat wird beauftragt, diesen Aufruf für den Landkreis Oder-Spree zu unterzeichnen.

Sachdarstellung:

Der Sachverhalt wird mit dem „Aufruf für ein Sanktionsmoratorium“ umfassend dargestellt. (Anlage)

Insbesondere die Verhängung von Totalsanktionen (der Entzug jeglicher Leistungen) führt über die im Aufruf dargestellten Sachverhalte auch zu Belastungen für den Landkreis.

Wenn die Kosten der Unterkunft gestrichen werden, ist der Landkreis auf Antrag verpflichtet, die zur Abwehr von Obdachlosigkeit erforderlichen Zahlungen zu leisten. Damit muss der Landkreis für diese Kosten in voller Höhe einstehen, da in diesem Falle ein Bundesanteil für die Kosten der Unterkunft entfällt.

In Anbetracht der rechtlichen Rahmenbedingungen kann auch der Landkreis Oder-Spree als Optionskommune die Sanktionen nicht einseitig aussetzen.

Ein bundesweites Sanktionsmoratorium ist daher dringend erforderlich.
Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Siehe Anlage